

Gramsci, die deutsche Linke und das Problem der Nation

Von David Salomon

Teil I: Über den Umgang mit dem Widerspruch zwischen Staat und Konkurrenzprinzip im Kapitalismus

Den Begriff »Nation« unbefangen zu benutzen ist insbesondere in Deutschland nicht möglich. Bereits während der sogenannten »Befreiungskriege« gegen die Armeen Napoleons wurde ein Begriff des »deutschen Vaterlands« etabliert, der sich explizit in Abgrenzung zur »Nation« der französischen Revolution bestimmte. Die Gründung des deutschen Nationalstaats im Spiegelsaal von Versailles 1871 war abermals als Demütigung des »Erbfeindes« inszeniert, und als zu Beginn des Ersten Weltkrieges die deutschen Intellektuellen »zu den Waffen« riefen, geschah es im Namen einer »deutschen Vaterlandsidee« (Sombart 1915) und einer »deutschen Kultur«, die gegen die französische und englische Zivilisation, gegen den Gedanken der Gleichheit und der Volkssouveränität in Stellung gebracht wurde. Für »Führer und Vaterland« überzog die faschistische Wehrmacht Europa mit ihrem Vernichtungskrieg, und bis heute prägen seltsame Begriffe die Debatte: »Schicksalsgemeinschaft« etwa, »Kulturnation« oder – eine neuere Wortschöpfung – »deutsche Leitkultur«.

Noch immer ist ein Lied die Nationalhymne der Bundesrepublik, dessen erste – nicht mehr gesungene – Strophe Gebietsansprüche »Von der Maas bis an die Memel/Von der Etsch bis an den Belt« stellt, und auch die schwarz-rot-goldene Fahne geht auf das Lützowsche Freikorps¹ zurück und steht – quer- statt längsgestreift – nicht in der Tradition der französischen Trikolore.

1994 »warnte« ein Papier, für das der heutige Innenminister Wolfgang Schäuble verantwortlich zeichnete, wieder davor, daß bei einem Scheitern des europäischen Integrationsprozesses Deutschland aufgrund seiner Mittellage »aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein« könnte, »die Stabilisierung des östlichen Europa allein und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen« (Schäuble-Lamers-Papier 1994: S. 1274). Als sich fünf Jahre später die Bundesrepublik Deutschland an einem Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien beteiligte, bemerkte freilich der deutsche Philosoph Jürgen Habermas erleichtert: »Glücklicherweise fehlen in der deutschen Öffentlichkeit die dumpfen Töne. Keine Schicksalssehnsucht, kein intellektueller Trommelwirbel für den guten Kameraden« (Habermas 2001: S. 27). Im Windschatten der »postheroischen Gesellschaft« kann man inzwischen hingegen seine Helden feiern: etwa jene Fußballer, deren Sieg in Bern der von schwerem Schicksal gezeichneten »Nation« 1954 das Gefühl zurückgegeben hätten, »wieder wer zu sein«. Im vergangenen Jahr äußerte zudem der adelige Oskar-Gewinner Florian Henckel von Donnersmarck seine Befriedigung darüber, daß er etwas für sein Land habe tun dürfen, ein Privileg, das sonst nur den Truppen in Afghanistan und »unseren« Sportlern noch vergönnt sei. Bedenkt man dies alles, so scheint es nur allzu verständlich, daß viele Linke die »nationale Frage« lieber beiseite schieben, als nach anderen Antworten zu suchen. Das Gelände ist vermint, der Begriff »Nation« ist in Deutschland kontaminiert.

Nation und Staat

Es gibt freilich noch einen zweiten Grund für die Skepsis vieler Linker gegenüber nationalen Fragen. Der Begriff der Nation ist eng verwoben mit einem anderen Begriff, dem des (modernen) Staates. Das Problem der Nation, als der Frage nach politischer und kultureller Einheit, und das Problem des Staates, als der Frage nach institutionell und rechtlich vermittelter Macht über Menschen in einem bestimmten Territorium, fallen nicht notwendig in eins. Insbesondere dann, wenn man herrschende (neoliberale) Argumentationsmuster verfolgt, die solche der Herrschenden sind, fällt auf, daß zwar einerseits – bezogen auf die Regulation des Kapitals oder auf Eingriffe in die herrschende Eigentumsordnung – der Souveränitätsverlust des Staates proklamiert wird, gleichzeitig hingegen »Werte« wie Nation und Familie bemüht werden, um kollektive Identifikationsangebote zu schaffen und den »sozialen Frieden« zu bewahren. Der ideologische Antietatismus dieser Position verschleiert freilich geschickt, daß nach wie vor Nationalstaaten und ihren Regierungen eine federführende Rolle bei der Formulierung und Durchsetzung jener rechtlichen Reglements (»neuer Konstitutionalismus«) zukommt, die auf internationaler Ebene kapitalistische Eigentumsordnungen und den weltweiten Kapitalverkehr regeln.

Allerdings wird nicht nur von neoliberalen Ideologen, sondern auch von zahlreichen kritischen und linken Zeitdiagnostikern die These vertreten, der Nationalstaat sei eine inzwischen überholte Übergangsform des 19. und 20. Jahrhunderts. Im »Zeitalter der Globalisierung« herrsche nun eine »postnationale Konstellation« (Habermas 1998). Der für den nationalstaatlichen Souveränitätsgedanken konstitutive Dualismus von »Innen und Außen« sei überwunden (Hardt/Negri 2002) oder könne doch in absehbarer Zeit überwunden werden. In Anknüpfung an den klassischen Anarchismus und die zumindest in der marxistisch-leninistischen Theorie nie ganz aufgegebene These »vom Absterben des Staates« fordern Aktivisten in linksradikalen und autonomen Zusammenhängen eine Politik der vollständig »offenen Grenzen« (open borders). Normativ steht dahinter eine Vorstellung von Emanzipation als einer Allinklusion, als dem unmittelbaren Ausdruck des menschheitlichen Universalismus. In der Dimension von Strategie und Taktik freilich wird nicht selten argumentiert, vollständig freie Migration überwinde die Grenze von Zentrum und Peripherie und somit die territoriale Verdrängung der Auswirkungen des globalen Kapitalismus. Der hierdurch wachsende »Problemdruck« münde (notwendigerweise) in sozialen Kämpfen, an deren Ende eine Überwindung des Kapitalismus stehen könne. Es handelt sich somit auch um eine neue Artikulationsform klassischer Verelendungstheorien.

Diese Position erscheint als radikale Gegenthese zu neofaschistischen Demagogen, die den alten nationalen Mythos unter scheinbar antikapitalistischen Vorzeichen reaktivieren. Diese faschistischen Ideologien treffen sich mit der herrschenden Ideologie freilich zumindest in zwei Punkten: in der Ablehnung des Gedankens der Gleichheit und in der Grundannahme quasi naturwüchsiger Konkurrenzverhältnisse, die hier »völkisch« aufgefaßt werden.

Wahrung des Konkurrenzprinzips

Das Verhältnis der Linken zum Problemkomplex Staat/Nation ist bis heute nicht endgültig geklärt. Insbesondere in Deutschland erscheinen die völkische Konstruktion »des Nationalen« und seine obrigkeitsstaatliche und Massenakklamation organisierende Entsprechung auf der einen, ein vollständiger Antietatismus und die Zurückweisung der Nation als Bezugspunkt auf der anderen Seite oftmals als tertium non datur.

Ein Blick in die Geschichte des marxistischen Denkens freilich zeigt, daß es hier an

Anknüpfungspunkten zur Formulierung eines – auch über die bürgerliche Staatsauffassung der französischen Revolution hinausweisenden – progressiven Begriffs von Staat und Nation nicht mangelt. Schon im Jahr 1997 (dt. 2000) hat der italienische Philosoph Domenico Losurdo in seinem Buch über Antonio Gramsci herausgearbeitet, daß dieser bereits 1919 die »utopische« Idee vom »Absterben des Staates« zurückgewiesen hatte: »Es gibt keine Gesellschaft außerhalb des Staates, der der Ursprung und der Zweck jeglichen Rechts und jeglicher Pflicht ist, der die Garantie für das Andauern und den Erfolg jeder gesellschaftlichen Aktivität darstellt. Von der proletarischen Revolution kann man nur dann sprechen, wenn sie einen typisch proletarischen Staat ins Leben ruft und ihn verkörpert, denn er wahrt das proletarische Recht und übt seine Hauptfunktionen als Ausdruck des proletarischen Lebens und der proletarischen Macht aus« (Gramsci 1980: S. 34 f.).

Mit einer Forderung nach »open borders« freilich ist diese durchaus etatistische These des jungen Gramsci nicht vereinbar. Schon damals provozierte sie den Widerspruch eines Turiner Anarchisten (Corrado Quaglino, Pseudonym: For Ever), der Gramsci und der Redaktion von L'Ordine Nuovo »Staatsvergötterung« vorwarf. Gramscis Replik ist auch für heutige politische Diskussionen durchaus von einer gewissen Aktualität, wenn er schreibt: »In der Dialektik der Ideen setzt die Anarchie den Liberalismus fort, nicht den Sozialismus« (ebd.: S. 71) und eine Seite später fortfährt: »Die liberale Literatur ist eine einzige Polemik gegen den Staat. (...) Der Liberalismus gehört zu den allgemeinen Aktivitäten des Kapitalismus, der danach strebt, sich sichere und garantierte Konkurrenzbedingungen zu verschaffen. Die Konkurrenz ist der erbittertste Feind des Staates. (...) Die Liberalen sind nicht in der Lage, den Frieden und die Internationale zu verwirklichen, weil das private und nationale Eigentum Spaltungen, Grenzen, Kriege und Nationalstaaten hervorbringt, die untereinander in ständigem Konflikt stehen. Der Nationalstaat ist ein Konkurrenzorgan. Er wird verschwinden, wenn die Konkurrenz aufgehoben ist und sich ein neuer ökonomischer Brauch durch die konkreten Erfahrungen der sozialistischen Staaten gebildet haben wird« (ebd.: S. 72 f.).

In der Konsequenz dieser Überlegungen des frühen Gramsci erscheint das konkrete historische Phänomen des Nationalstaats als Ausdruck eines liberalen Widerspruchs: Denn obschon das Prinzip der Konkurrenz antietatistisch in dem Sinne ist, daß es dem planenden Eingriff staatlicher Organe entgegensteht, so benötigt es für den spezifischen Modus kapitalistischer Konkurrenz und Produktion doch staatlich garantierte Rechtssicherheit, zuförderst an kapitalistische Verfügungsweisen gebundene Eigentums Garantien.

Diktatur des Proletariats

Wenn Gramsci 1919 freilich den Nationalstaat ein »Konkurrenzorgan« nennt, so hat er jene rivalisierenden imperialistischen Zentren vor Augen, die um Anlagesphären ihrer nationalen Kapitale konkurrierend gerade die Protagonisten eines Weltkriegs waren. Doch auch wenn die Art der Konkurrenz sich heute verschoben hat, aus den rivalisierenden imperialistischen Staaten von damals inzwischen »nationale Wettbewerbsstaaten« (Hirsch 1995) geworden sind, die innereuropäisch und transatlantisch in quasi »ultraimperialistischen« Bündnissen agieren: Noch immer ist in die konkrete Form des Nationalstaats das Konkurrenzprinzip nach innen und außen eingeschrieben.

Während völkische Konstruktionen der Nation den liberalen Konkurrenzbegriff biologisch und/oder mythisch in die Sphäre einer essenziellen Transzendenz, einer überhistorischen Wesenheit erheben, erweist sich die in der Tradition eines anarchistischen Antietatismus stehende Perspektive als zahnlos oder zynisch. Ihr Grundproblem freilich besteht darin, daß sie die Konkurrenz selbst zum gegenwärtigen Mittel künftiger (aus Verelendung

resultierender) Solidarität machen will und mit dem Ziel einer Allinklusion letztlich bloß moralisch und nicht politisch-rechtlich argumentiert: »Für die Revolution sind Menschen mit nüchternem Geist notwendig, Menschen, die alles tun, damit das Brot nicht in den Bäckereien fehlt, Menschen, die die Züge fahren lassen, die dafür sorgen, daß die Betriebe Rohstoffe haben und daß Industrieprodukte gegen Landwirtschaftsprodukte getauscht werden können, die Integrität und Freiheit der Person vor Angriffen der Verbrecher garantieren, die den Komplex der sozialen Dienstleistungen funktionieren lassen und das Volk nicht zur Verzweiflung und zu einem wahnsinnigen Gemetzel untereinander treiben. Die Begeisterung in Worten und die Zügellosigkeit der Phrasen bringen einen zum Lachen (oder zum Weinen), wenn es darum geht, daß auch nur ein einziges dieser Probleme in einem Dorf von hundert Einwohnern gelöst werden soll« (Gramsci 1980: S. 69 f.). Hierzu braucht es einen Staat, und ein Staat benötigt Grenzen der Zuständigkeit.

Auch wenn Gramsci im Nationalstaat – nicht im Staat als solchem – ein historisches Übergangsphänomen sieht, betont er die Notwendigkeit, sich tagespolitisch auch nationalen Fragen zu stellen: »Die Diktatur des Proletariats ist noch ein Nationalstaat und ein Klassenstaat. Die Begriffe Konkurrenz und Klassenkampf haben sich verschoben, aber die Konkurrenz und die Klassen bestehen weiter. (...) Zu denken und zu handeln, als ob die Kommunistische Internationale schon existierte, als ob die Zeit des Kampfes zwischen sozialistischen und bürgerlichen Staaten, die Zeit der erbarmungslosen Konkurrenz zwischen den kommunistischen und kapitalistischen Nationalwirtschaften schon überwunden sei, wäre ein verhängnisvoller Fehler für die proletarische Revolution« (ebd.: S. 73).

Sicherlich wäre es ahistorisch, diese frühen Texte Gramscis aus ihrem Kontext, dem Ersten Weltkrieg und den Revolutionen seit 1917, zu lösen. Anders als in den »Gefängnisheften« – und bereits in der späteren fragmentarischen Schrift »Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens« (1926) – schreibt Gramsci hier nicht vor dem Hintergrund des vollständigen Scheiterns der Revolution im Westen. Noch lebt in den Texten die Hoffnung, auf einen Sieg der revolutionären Bewegung. Gleichwohl bildet die Betonung der Notwendigkeit, sich auf die Fortexistenz von Nationalstaaten einzustellen, eine wichtige Brücke zu späteren Reflexionen zur nationalen Frage als einer Frage der Hegemonie.

Nationalstaat und Stellungskrieg

Bereits zu Beginn der zwanziger Jahre hatten die um die Zeitschrift *L'Ordine Nuovo* versammelten Turiner Kommunisten die Notwendigkeit betont, die soziale Einheit Italiens herzustellen: »Die Bourgeoisie des Nordens hat Süditalien und die Inseln unterjocht und hat sie zu einer ausgebeuteten Kolonie herabgewürdigt. Wenn das Proletariat des Nordens sich selbst von der kapitalistischen Sklaverei befreit, wird es auch die Bauernmassen des Südens befreien (...). Die wirtschaftliche und politische Wiedergeburt der Bauern ist nicht in einer Verteilung der un bebauten und schlecht bebauten Ländereien zu suchen, sondern in der Solidarität des Industrieproletariats, das seinerseits die Solidarität der Bauern braucht (...)<« (Gramsci 1980: S. 189). Diese Überlegungen, die Gramsci in seiner Schrift »Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens« zitiert, begreifen die nationale Frage in erster Linie als eine soziale Frage und die politische und soziale Einheit als das Produkt eines »politischen Bündnisses zwischen den Arbeitern des Nordens und den Bauern des Südens, um der Bourgeoisie die Staatsmacht zu entreißen« (ebd.: S. 190). In dieser Forderung nach einem Bündnis der subalternen Klassen des industrialisierten Nordens und des agrarischen Südens unter der Führung des Proletariats, ist der Grundgedanke bereits enthalten, der später als die Frage der Hegemonie, also die Frage nach politischer, moralischer und intellektueller Führung in den »Gefängnisheften« wiederkehren wird.

Nun freilich wird die Perspektive erweitert. Wenn der US-amerikanische Historiker Perry Anderson (1978) die Aufmerksamkeit, die der von ihm sogenannte »westliche Marxismus« Fragen der Kultur und Kunst schenkt, auf die Niederlagen zurückführt, die die Nachkriegsrevolutionen in Westeuropa erlitten hatten, so hat er recht und unrecht zugleich. Tatsächlich war es die Niederlage, die den Blick für die Bedeutung auch der kulturellen Überbauten schärfte. Insbesondere im Fall Gramscis – wie auch in anderer Weise bei Bertolt Brecht, Walter Benjamin und Georg Lukács – war es jedoch keine Flucht vor ökonomischen und politischen Fragen, die sich darin artikulierte, sondern Einsicht in die politische und auch ökonomische Bedeutung von kulturellen Praxen. Anders formuliert: In den revolutionären Bewegungen Ende des ersten Jahrzehnts des letzten Jahrhunderts hatte man erfahren, daß Kultur, Ideologie und Alltagsbewußtsein insbesondere dort, wo ein ausgeprägter zivilgesellschaftlicher und medialer Komplex existierte, starke Revolutionshindernisse sein konnten. In diesem Kontext steht Gramscis berühmte Metapher aus den »Gefängnisheften« vom westlichen² Staat als einem »vorgeschobene[n] Schützengraben, hinter welchem sich eine robuste Kette von Festungen und Kasematten befand« (Gramsci 1991 ff., Bd 4: S. 874). Im revolutionären Stellungskrieg muß nach Gramsci dem spezifischen Komplex von Staats- und Zivilgesellschaft Rechnung getragen werden: »[D]ies verlangte eine genaue Erkundung nationaler Art« (ebd.: S. 874).

Dabei ist Gramscis Konzeption weit entfernt vor einem Rückfall in »idealistische« Argumentationsmuster: »Kann es eine kulturelle Reform und damit zivile Hebung der niedergehaltenen Schichten der Gesellschaft geben ohne eine vorausgehende ökonomische Reform und eine Veränderung in der gesellschaftlichen Stellung und der ökonomischen Welt?« fragt Gramsci (ebd., Bd. 7: S. 1540). Und er antwortet: »Deshalb kann eine intellektuelle und moralische Reform nur an ein Programm ökonomischer Reform gebunden sein, ja, das Programm ökonomischer Reform ist geradezu die konkrete Weise, in der jede intellektuelle und moralische Reform auftritt« (ebd.: S. 1540). Indem freilich die Transformation der ökonomischen Verhältnisse nicht nur schlechterdings in ihrer realisierten, sondern bereits in ihrer programmatischen – und dies bedeutet zugleich realisierbaren – Form ins Kalkül einbezogen werden, wird einerseits ein »Ökonomismus« abgelehnt, der den Überbauten lediglich reagierende, nachvollziehende Bedeutung zusprechen will und andererseits eine an die Eigentumsverhältnisse, Verfügungsweisen und die soziale Frage gekoppelte Emanzipationsrichtung formuliert, vor der sich die Kritik im Handgemenge des Stellungskrieges verantworten muß.

1 Der preußische Major Ludwig A. W. von Lützow bildete 1813 mit Billigung des Königs aus Studenten, die sich als Freiwillige gemeldet hatten, das Königlich Preußische Freikorps. Sie trugen schwarze Uniformen mit roten Aufschlägen und goldfarbenen Knöpfen.

2 Gramsci unterschied zwischen dem zaristischen Rußland im Osten Europas und den kapitalistischen »Demokratien« im Westen des Kontinents.

Literatur

- Anderson, Perry (1978): Über den westlichen Marxismus, Frankfurt/Main
- Gramsci, Antonio (1980): Zu Politik, Geschichte und Kultur – Ausgewählte Schriften, Leipzig
- Gramsci, Antonio (1991 ff.): Gefängnishefte – Kritische Gesamtausgabe, Hamburg.
- Habermas, Jürgen (1998): Die postnationale Konstellation – Politische Essays,

Frankfurt/Main

- Habermas, Jürgen (2001): Von der Machtpolitik zur Weltbürgergesellschaft; in: ders.: Zeit der Übergänge – Kleine politische Schriften, Bd. IX, Frankfurt/Main, S. 27-37
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): Empire – Die neue Weltordnung, Frankfurt/Main und New York
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat, Hamburg
- Losurdo, Domenico (2000): Der Marxismus Antonio Gramscis – Von der Utopie zum »kritischen Kommunismus«, Hamburg
- Schäuble-Lamers-Papier 1994 = Überlegungen zur europäischen Politik – Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 1. September 1994; zit. n.: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/1994
- Sombart, Werner (1915): Händler und Helden– Patriotische Besinnungen, München und Leipzig

Teil II: Progressive Künstler und Politiker entwerfen kosmopolitisch übertragbare nationale Konzepte

Bezieht man nun Antonio Gramscis Theorie der Kasematten und des Stellungskrieges (siehe Teil I) zurück auf das Problem der Nation, so fällt auf, daß die Forderung »einer genauen Erkundung nationaler Art« in zwei Richtungen aufgelöst werden kann. Ganz im Sinne eines politischen Realismus geht es zum einen darum, die Besonderheiten nationaler Geschichte und nationaler Kräftekonstellationen zu beachten, zum anderen betrifft die Erkundung jedoch zugleich den Begriff der Nation selbst. Jene dem zwischenstaatlichen Konkurrenzgedanken verschriebene Fassung der Nation als völkische oder kulturelle Entität, die den kapitalistischen Nationalstaat auszeichnet, wird nun selbst als ein hegemoniales Projekt der herrschenden Klasse offenbar, das soziale Einheit und Gleichheit nicht nur nicht schaffen kann, sondern sich als Alternative, als Surrogat hierzu anbietet. Ganz in diesem Sinne lehnt es Gramsci auch ab, Geschichte als »nationale Biographie« zu schreiben, die voraussetzt, »daß das Gewünschte [Nationale – D.S.] immer existiert hat und wegen des Dazwischentretens äußerer Mächte oder weil die inneren Tugenden »eingeschlafen« waren sich nicht offen durchzusetzen und zu zeigen vermag« (Gramsci 1991 ff., Bd. 8: S. 2000). Anders formuliert: An die Stelle mythischer Setzung tritt bei Gramsci ein Begriff der Nation als eines historischen und hegemonialen oder gegenhegemonialen Projekts. Im historischen Progreß gilt es jenen mythischen Nationenbegriff zu überwinden, dem als ideologische Form des nationalstaatlichen »Konkurrenzorgans« etwa von Carl Schmitt attestiert wurde, daß er sich stets als stärker erwiesen habe als der »Klassenmythus« (Schmitt 1989: S. 20). Die Transformation dieser mythischen Erzählform in einen Begriff, der Bestandteil einer moralischen und intellektuellen Reform im Sinne der Transformation kapitalistischer Nationalstaaten in sozialistische Staaten sein kann, erweist sich somit als eine zentrale Aufgabe jedweder kulturellen Reform oder Revolution im progressiven Sinn.

Die »deutsche Frage« in der Kunst

Versucht man nun zu resümieren, so wird deutlich, warum politische Konzepte, die den Begriff der Nation wegzuschieben versuchen, statt sich ihm zu stellen, ebenso zum Scheitern verurteilt sind, wie solche, die vorhandene Begriffe einfach übernehmen: »Nation« ist ein umkämpftes Terrain, und wer den Kampf meidet, unterliegt ebenso, wie derjenige, der sich dem gegnerischen Konzept unterwirft. Doch was bedeutet dies nun konkret für die deutsche Frage und jene deutsche Debatte, in der der Begriff der Nation seit den antinapoleonischen Kriegen 1806/07 kontaminiert ist?

Es ist vielleicht kein Zufall, daß es in Deutschland stets die Kunst und hier besonders die Literatur war, die sich der deutschen Frage in ihrer ganzen Ambivalenz, Verrücktheit und Perversion zuwandte. Von Saul Aschers »Germanomanie« bis zu Brechts »Kinderhymne«, von Johannes R. Bechers »Neuen deutschen Volksliedern« bis zur Lyrik Franz Josef Degenhardts war die deutsche Frage als offene Wunde stets präsent. Wenn für den politischen Realismus gilt, daß er nicht von Wunschbildern ausgeht, denen er das Gegebene unterwirft, sondern in den Widersprüchen der Wirklichkeit selbst nach realhistorischen Auswegen sucht, so gilt dies gleichermaßen für den ästhetischen Realismus. Wenn Literatur der Versuch ist, ihre Zeit in Geschichten zu erzählen, so darf sie nicht die Niederungen scheuen. Dieser Imperativ ist selbst wiederum nahe bei Gramsci, der über den Zusammenhang von Kultur und Kunst schrieb: »Man begreift einfach nicht konkret, daß die Kunst immer an eine bestimmte Kultur oder Zivilisation gebunden ist und daß man im Kampf um die Reform der Kultur dahin gelangt, den ›Inhalt‹ der Kunst zu verändern, daran arbeitet, eine neue Kunst zu schaffen, nicht von außen (indem eine belehrende, thesenhafte, moralistische Kunst verlangt wird), sondern von innen, weil sich der ganze Mensch ändert, insofern sich seine Gefühle, seine Auffassungen und die Verhältnisse ändern, deren notwendiger Ausdruck der Mensch ist« (Gramsci 1991 ff., Bd. 8: S. 2037). Künstlerische Formen freilich so zu verstehen bedeutet, auch in der Kunst vor allem ein politisches Ereignis zu sehen. Daß die Diskussion des Nationenbegriffs in Deutschland sich in erster Linie in der Literatur abspielte, zeigt selbst an, daß der progressiven deutschen Nation – anders als der französischen – niemals eine Existenz zukam, die über das Stadium des programmatischen Projekts hinaus gewesen wäre.

Doch was bedeutet es, die Kultur zu reformieren? Welche Richtung muß die Veränderung einschlagen und welche Antwort auf die nationale Frage muß eine solche reformierte Kultur, muß eine im Prozeß dieser Reform veränderte Kunst geben?

Das Umfeld des Künstlers

Einen wertvollen Hinweis gibt Peter Hacks in einem Aufsatz über den Bildhauer Fritz Cremer, zu dessen bedeutendsten Werken das Mahnmahl an der Gedenkstätte Buchenwald gehört: »Wenn Kunst bedeutet, daß die Wirklichkeit als von einem Subjekt durchdrungen sich darstellt, folgt, daß das Kunstwerk um so reicher sein müsse, je reicher das künstlerische Subjekt ist. [...] Zur Subjektivität des Künstlers nun ist nötig, daß sie sich in erweiterten Bereichen verwirklicht: Er habe eine Gemütsart, eine Landschaft, eine Klasse, ein Vaterland« (Hacks 2003: S. 155 f.). Der Begriff »Subjekt«, so läßt sich hier bereits ersehen, bezeichnet eine Perspektivität, die als notwendig partikulare Position die Wirklichkeit im Kunstwerk so »gestaltet«, daß sie sich dem Rezipienten der Kunst als von ihr durchdrungen »darstellt«. Das perspektivische Subjekt ist demnach ein Besonderes, das ein Allgemeines darstellend, seine Besonderheit selbst der Allgemeinheit überantwortet, also »übersetzbar« macht. In diesem Sinne schreibt Hacks weiter: »In solcher Fülle befestigt und in so vielfältiger Hinsicht ein Besonderer, vermag er [der Künstler – D. S.] am Ende auch, der gegenwärtigen und künftigen Menschheit anzugehören« (ebd.). Gemütsart, Landschaft, Klasse und Vaterland – diese vier »Elemente« gehören nach Hacks folglich zum Besonderen der subjektiven Perspektive (hier des Künstlers), zu dem, »was das Subjekt mitbringt« und wovon durchdrungen die Wirklichkeit, die Sache der Menschheit ist, sich im Kunstwerk darstellt und anderen aufschließt. Doch was genau meinen »Gemütsart«, »Landschaft«, »Klasse« und »Vaterland«? Wie bestimmen diese Begriffe sich, in welchem Verhältnis stehen sie zueinander?

Hacks wird sehr konkret und konkretisiert dabei auch jene zuvor genannten Begriffe: »Cremers Landschaft ist das Ruhrgebiet. Cremers Klasse ist das Proletariat. Cremers

Vaterland war das Mörderdeutschland; folglich bestimmte sich seine Menschlichkeit als Angriff gegen die Unmenschlichkeit, und das sollte lange so bleiben« (ebd.: S. 156). Landschaft, Klasse, Vaterland – es ist diese Trias, ohne die der Begriff »Gemütsart« nicht bestimmt werden kann. Das künstlerische Subjekt – und man kann wohl sagen, das Subjekt überhaupt – bestimmt sich nicht einfach aus sich heraus, es benötigt ein Erfahrungsfeld, das es vorfindet, das ihm gegeben ist, dessen Momente sich in ihm begegnen.

Landschaft, Klasse und Vaterland sind nach Hacks keine Kreationen des Subjekts. Das Leben ist nicht göttlicher Schöpfungsakt nach Belieben, keine creatio ex nihilo. Eine Landschaft findet man vor – ob man sich darin geborgen fühlt oder nicht, ob sie als Heimat akzeptiert, zur Wahlheimat gemacht wird oder ein Gefühl der Heimatlosigkeit evoziert: Selbst Gleichgültigkeit ist ein starker Affekt. Man hat auch nicht im Griff, in welches Vaterland man geboren wird; und nur wer die Konnotationen des Begriffs »Vater« nicht bedenkt, wer nicht im Blick behält, daß er seit je als Herrschaftsbegriff fungierte, der pater familias im alten römischen Recht gar Todesurteile aussprechen und vollstrecken durfte, wird hier einen reinen Identifikationsbegriff vermuten können. Tatsächlich sind »Heimat« und »Vaterland« streng zu scheidende Begriffe, was spätestens dort deutlich wird, wo – die Grunderfahrung jedes Exils – das Vaterland die Heimat nimmt.

»Cremers Vaterland war das Mörderdeutschland«, schreibt Hacks, also das faschistische Deutschland, jener politische Rahmen, in dem zu wirken bedeuten mußte, ihn zu überwinden, ihn umzustürzen. Hier nun tritt die Klasse auf: Nicht als schlechterdings soziologisches Datum, sondern als politische Kraft, als jene Kraft, ohne die das Vaterland nicht verändert werden kann, ohne die die »Selbstverwirklichung« des Subjekts ein Utopikum bleibt. Zusammengefaßt läßt sich also sagen: Der hier investierte Subjektbegriff ist ein Funktionsbegriff, der seinen Gehalt in actu erweist. Die Subjektivität des Künstlers, schreibt Peter Hacks, »muß sich in erweiterten Bereichen verwirklichen«.

Hier liegt zugleich die Brücke zwischen der Gegenwart der Menschheit und ihrer Zukunft. Als gefüllte Perspektiven schließen Subjekte einander aus. Um Menschheit zu sein, müssen sie sich übersetzen, nicht sich negieren. In diesem und nur in diesem Sinne ist Hacks' Formulierung zu verstehen, wonach »Kunst [...] national sein« muß. Gleichzeitig – und dies führt zu Gramsci zurück – muß abermals betont werden, daß die von Hacks für das künstlerische Subjekt proklamierten Bestimmungen für Subjektivität schlechthin gelten: Sich verwirklichen, Wirklichkeit aktiv durchdringen, kann nur, wer um seine Besonderheiten weiß, auch um die Besonderheiten, die er vorfindet.

Die ausgeschlossene Linke

Ein deutscher Schriftsteller und politischer Denker, der die nationale Frage eines »anderen Deutschland« früh an die Frage der wechselseitigen Übersetzbarkeit gebunden hat, war Heinrich Heine. Keine progressive, linke Reformulierung der deutschen Frage kann um Heine herumkommen, der – und auch dies ein beinahe typisches deutsches Schicksal – einen großen Teil seiner Überlegungen im Exil verfaßte. Zum hundersten Todestag Heines 1956 schrieb Stephan Hermlin, der damals bereits selbst eine Exilerfahrung hinter sich hatte, in Sinn und Form: »Er erreichte in Frankreich und durch Frankreich die Höhe seiner Meisterschaft; er gewann jene Distanz zu Deutschland, die ihn so wesentlich für Deutschland machte. In Frankreich allein konnte sich für ihn Deutschland realisieren« (Hermlin 1956: S. 86). Distanz zu Deutschland ist eine Bedingung dafür, Nähe zu ihm haben zu können. Ästhetisch bedeutet dies, daß nichts so verfehlt ist, wie nationales Pathos. »Der wahrhaft deutsche Ton in der Dichtung«, schreibt Hermlin, »hat angesichts der nationalen Realitäten nichts anderes sein

können als die große Elegische Klage oder jener eigentümliche, von Heine zur höchsten Höhe emporgeführte gebrochene Doppelklang aus Zorn und Liebe« (ebd.: S. 80). Dieser Doppelklang lebt nicht zuletzt vom Spott, jenem erfrischenden, befreienden – und sehr deutschen – Spott des Wintermärchens, wo es etwa über das deutsche Wappentier heißt: »Oh häßlicher Vogel, wirst du einst / Mir in die Hände fallen / Dann rupfe ich dir die Federn aus / Und hacke dir ab die Krallen.«

Von hier führt ein direkter Weg zu Tucholsky, zu Süverkrüp und zu Georg Kreisler. Wann immer die Fahne der Bundeswehr, jenes adlergeschmückte Schwarzrotgold in ein Fernsehbild weht, tut es gut, im Kopf Heines Vers zu rezitieren oder die Wendung seines ihm unverständlicher Weise so feindlich gesonnenen späten Bruders Karl Kraus, vom »Volk der Richter und Henker«.

Es ist die Grunderfahrung der deutschen Linken, daß der herrschende deutsche Nationenbegriff, nicht nur nicht der ihre ist, sondern sie explizit ausschließt: Es ist die Erfahrung von Heine und Marx, die Erfahrung der Kommunisten und Sozialisten in Konzentrationslagern und im Exil des 20. Jahrhunderts. Es ist auch die Erfahrung der Kommunisten in der ehemaligen BRD. Anders als in Frankreich, wo reformerische und revolutionäre Linkskräfte sich stets auf die Revolution von 1789, die Marseillaise und selbst die Trikolore beziehen konnten, ist solche Bezugnahme in Deutschland bis heute nicht möglich. Auch eine Bezugnahme auf »Deutschland« war nie möglich: Die Nation der Linken blieb hier Auftrag, nichteingelöstes Projekt, Forderung zum Aufbau.¹ Ganz dem entsprechend heißt es schon im kommunistischen Manifest: »Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie. [...] Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander« (MEW 4: S. 479).

Darin, daß dieser Konstitutionsakt bislang nicht stattgefunden hat, eine Bezugnahme auf ein bestehendes Deutschland nicht möglich ist, liegt auch eine Chance. Ein progressives, gegenhegemoniales Projekt in Deutschland darf diese Erfahrung nicht verschleiern, sondern muß von ihr ausgehen und die deutsche Wunde offenhalten.

Überwinden des Konkurrenzprinzips

Die Besonderheiten erkennen und übersetzbar, also für andere verstehbar machen; die besondere Erfahrung gerade nicht negieren; den vorgefundenen objektiven Rahmen nicht leugnen: Diese Haltung ermöglicht einen gefüllten, einen konkreten Kosmopolitismus, der nicht einfach eine abstrakte Allinklusion proklamiert. Nicht in der Negation nationaler Geschichten und Erfahrungsschätze, sondern in ihrer Übersetzung für andere liegt der Schlüssel für einen Realismus, der es sich zur Aufgabe macht, jenen Begriff des Nationalen zu überwinden, in den sich das Prinzip der Konkurrenz eingeschrieben hat. Nicht zufällig kritisiert Gramsci an der italienischen Staatsgründung, am Risorgimento (1815–1870) – und speziell am Philosophen und Historiker Giuseppe Ferrari (1812–1876) –, daß es ihm nicht gelungen sei, »das Französische ins Italienische«, den Jakobinismus in eine popular-nationale italienische Form zu »übersetzen« (Gramsci 1991 ff., Bd. 8: S. 1952). Im Hinblick auf die Erfahrungen der Revolutionen des 20. Jahrhunderts – man denke etwa an den Streit um das Buch »Der deutsche Weg zum Sozialismus« von Anton Ackermann (1905–1973, zeitweise stellvertretender Kulturminister der DDR) – erscheint Gramscis Erkenntnis beinahe als eine prophetische Weissagung. Akzeptiert man freilich das Kriterium der Übersetzbarkeit in einem

internationalen, politischen, kulturellen und rechtlichen Medium, so wird zugleich jeder kulturelle Relativismus ausgeschlossen. Die bereits erwähnten universellen Prinzipien einer intellektuellen, moralischen und ökonomischen Reform werden als der gemeinsame Gradmesser von internationaler Solidarität und nationalen Kämpfen ersichtlich.

Solange wir es mit Nationalstaaten zu tun haben – und vorläufig ist ein Ende nicht abzusehen – gehört es zu den zentralen Aufgaben der Linken an im universellen Emanzipationsbegriff einander übersetzbaren nationalen Konzepten zu arbeiten. Die Debatte darüber, was dies für die Staatsfrage bedeuten kann, hat gerade erst begonnen: Doch ohne in einander übersetzbare Reformulierungen des Begriffs der Nation wird eine wie auch immer geartete internationale Föderation sozialistischer Staaten ebensowenig möglich sein, wie ohne Programme, die die Lösung der sozialen Frage an die Überwindung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse binden. Die Nation der deutschen Linken aus der Literatur zu »befreien« und ihr zu historischer Realisierung zu verhelfen ist – gerade nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in der DDR – nach wie vor unsere Aufgabe.

1 Als Hermlin seinen Beitrag schrieb, setzte er freilich große diesbezügliche Hoffnungen in die DDR. Die Geschichte der Realisierungsversuche eines »anderen Deutschlands« von der Mainzer Jakobinerrepublik bis zur DDR ist bislang noch nicht geschrieben. Dies wäre fraglos ein nützliches Unterfangen.

Literatur

- Gramsci, Antonio (1991 ff.): Gefängnishefte – Kritische Gesamtausgabe, Hamburg
- Hacks, Peter (2003): Cremer, oder: Die Überwindung der Tugend in Deutschland; in: ders.: Werke, Band 13, Berlin, S. 154–159
- Hermlin, Stephan (1956) Über Heine; in: Sinn und Form 1956/1, S. 78–90
- MEW = Marx, Karl/Engels, Friedrich (1956 ff.): Werke, Berlin
- Schmitt, Carl (1989): Die politische Theorie des Mythos; in: ders.: Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles 1923–1939, Berlin

Quelle: David Salomon, Redakteur der Zeitschrift Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung. In: jungeWELT am 18./19. 12. 2007 – Der vorliegende Text basiert auf einem Beitrag zur Tagung »Die Linke und die Nation« der Marx-Engels-Stiftung am 29./30. September 2007 in Berlin. Er erscheint im Heft 1/2008 der Marxistischen Blätter.